

Anfrage

Gemäss nationalen und internationalen Studien leiden schätzungsweise 20 % der Bevölkerung an einer diagnostizierbaren psychischen Krankheit. Man nimmt an, dass 5–7 % der Bevölkerung an Depressionen erkranken.

Depressionen werden oft missverstanden. Wie Diabetes und Bluthochdruck ist eine Depression nicht Ausdruck persönlichen Versagens, sondern eine Erkrankung, die jede/jeden treffen kann, unabhängig von Beruf, Alter und sozialer Stellung. Manchmal ist sie nur schwer von einer alltäglichen Verstimmung oder einer Lebenskrise zu unterscheiden. Die meisten depressiven Patientinnen und Patienten können erfolgreich behandelt werden. Wird die Krankheit nicht erkannt, führt dies zu unnötigem Leiden und zur Selbstgefährdung des Betroffenen, im schlimmsten Falle zur Selbsttötung.

Die Krankheit Depression zum öffentlichen Thema zu machen, die davon Betroffenen und ihre Angehörigen nicht allein zu lassen und ein starkes Netzwerk aufzubauen, scheint mir ganz wichtig zu sein. Seit 2001 setzt sich das „Bündnis gegen Depression“ für eine Verbesserung der Versorgung depressiv erkrankter Menschen ein.

Meine Fragen an den Staatsrat:

1. Will der Staatsrat dem „Bündnis gegen Depression“ beitreten?
2. Wird der Staatsrat die Hausärzte und die Bevölkerung mit einer Präventionskampagne sensibilisieren?
3. Wird der Staatsrat die Bevölkerung umfassend über die Krankheit Depression informieren?

20. Januar 2009

Antwort des Staatsrates

Die schwere Depression ist eine ernsthafte Erkrankung, die eine spezifische Behandlung erfordert. Sie äussert sich typischerweise durch starken Pessimismus oder deutlichen Verlust von Interesse oder Freude sowie durch Appetit-, Schlaf- und Konzentrationsstörungen, Aufgewühltheit oder psychomotorische Verlangsamung, Energieverlust, Minderwertigkeitsgefühle, übertriebene oder unangebrachte Schuldgefühle und Todes- oder Selbstmordgedanken. Die schwere Depression unterscheidet sich von der Dysthymie, die zwar eine chronische, aber dennoch weniger schlimme Form der Depression ist. Ungefähr 5 bis 7 % der Schweizer Bevölkerung leiden an Depressionen. Laut WHO begehen weltweit 15 % der von Depressionen betroffenen Personen Suizid, 56 % unternehmen einen Suizidversuch. Dabei sind es vor allem Frauen, die an Depressionen erkranken.

Das „Bündnis gegen Depression“ ist ein Aktionsprogramm gegen Depression und Suizid; es will die folgenden drei Botschaften vermitteln: „Depression hat viele Gesichter“, „Depression kann jede/n treffen“, „Depression ist behandelbar“.

Eine bessere Früherkennung sowie optimierte Versorgungsstrukturen für depressiv erkrankte Menschen sind die Ziele dieses Aktionsprogramms, das auf den folgenden vier Interventions-ebenen basiert:

1. Kooperation mit Hausärzten und Fortbildung;
2. Info-Aktivitäten: Aufklärung der Öffentlichkeit;
3. Zusammenarbeit mit Multiplikatoren und Zielgruppen: z. B. Lehrpersonen, Pfarrer/innen, Pflegende;
4. Angebote für Betroffene und Angehörige.

Das Aktionsprogramm wurde in der Schweiz erstmals 2002 vorgestellt. 2003 startete der Kanton Zug ein Pilotprojekt, wobei das Programm auf die lokalen Gegebenheiten abgestimmt wurde. Seither kam es in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, Bern und Luzern zu weiteren «Bündnissen». Die Kantone Basel-Stadt, Genf, Thurgau und Zürich prüfen gegenwärtig die Einführung eines Aktionsprogramms für ihre Bevölkerung. Auf Schweizer Ebene erhalten die «Bündnisse» Unterstützung vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) und der Schweizerischen Konferenz der Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK). Das BAG hat die Benutzerrechte des Aktionsprogramms bis 2021 erworben und kann diese kostenlos an die interessierten Regionen und Kantone weitergeben. Darüber hinaus unterstützen sowohl das BAG als auch die GDK die interregionalen Tätigkeiten und den Erfahrungsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene.

Zur Festlegung der kantonalen Prioritäten in Sachen Prävention und Gesundheitsförderung hat sich der Kanton Freiburg im Rahmen der Ausarbeitung des Kantonalen Plans für Gesundheitsförderung und Prävention 2007–2011 mit verschiedenen Daten auseinandergesetzt. Dabei wurden auch Daten in Bezug auf die psychische Gesundheit (Depression fällt in diesen Bereich) berücksichtigt:

- Betrachtet man die psychischen Störungen im Allgemeinen (Depression inkl. aber nicht nur) so kann festgestellt werden, dass im Kanton Freiburg ein nicht unbedeutender Teil der Bevölkerung an leichten psychischen Störungen leidet (mehr als 23 % bei den Männern und mehr als 30 % bei den Frauen). Unter den Personen, die Anzeichen eines schlechten psychischen Gleichgewichts aufweisen (16,7 % Männer und 20 % Frauen) sind die Jüngsten (15–34 Jahre) am meisten vertreten.
- Gesamtschweizerisch gesehen stellen psychische Erkrankungen die am dritthäufigsten in den Arztpraxen diagnostizierten Erkrankungen dar.
- Gemäss Ergebnissen von Studien leiden schon Jugendliche an Störungen des psychischen Wohlbefindens. Das psychische Wohlbefinden spielt eine wichtige Rolle als Ursache für vermehrtes Risikoverhalten und für Suchtverhalten.

Die Analyse der Freiburger Situation hat dazu geführt, dass die psychische Gesundheit als eines der vorrangigen Themen des im Mai 2007 vom Staatsrat genehmigten Kantonalen Plans für Gesundheitsförderung und Prävention 2007–2011 angesehen wird. Dieser Plan, der in einen Aktionsplan mit konkreten Zielen, die in Kürze dem Staatsrat unterbreitet werden müssen, umgewandelt werden soll, verfolgt Ansätze in Zusammenhang mit der Entstigmatisierung (z. B. mit Hilfe von Freiburger Institutionen wie die AFAAP – Freiburgerische Interessengemeinschaft für Sozialpsychiatrie), der Bekanntmachung der Angebote sowie dem Zugang dazu (z. B. des FNPG – Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit) und der Erhaltung der gegenwärtig laufenden Aktivitäten in Zusammenhang mit Suizid (durch das Programm zur Suizidprävention PréSuiFri – Suizidprävention Freiburg).

Mit der Verabschiedung des Gesetzes vom 5. Oktober 2006 über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit (PGG) beauftragte der Grosse Rat des Kantons Freiburg

ausserdem die entsprechenden öffentlichen Akteure mit der Durchführung einer tiefgreifenden Neuorganisation der Versorgung von Patientinnen und Patienten mit psychischen Störungen. In diese Sinne wurden die öffentlichen Strukturen aus dem Bereich der psychischen Gesundheit am 1. Januar 2008 im Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) vereint.

Das FNPG verwendet anstelle des historischen Begriffs der «Psychiatrie» neu den weiter gefassten Begriff der psychischen Gesundheit, weil das FNPG der Bevölkerung ein breiteres Spektrum an Leistungen zur Verfügung stellt, nämlich ein Versorgungsangebot, das die Bedürfnisse im Bereich der Gesundheitsförderung, Prävention, Diagnostik, Therapie und Wiedereingliederung abdeckt. Ferner beinhaltet der Übergang von der Sichtweise der psychiatrischen Versorgung zur Betreuung im Bereich der psychischen Gesundheit eine verstärkte Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, den Patientinnen und Patienten, den Angehörigen, der somatischen Medizin, den Grundversorgern, der privaten Psychiatrie, den Vereinigungen u. a. Hinzu kommen Werte wie Zusammenarbeit, Dialog und Engagement, die für einen guten Betrieb des FNPG ebenfalls unerlässlich sind. Dabei geht es insbesondere darum, all diese Kräfte auf der Grundlage von Vereinbarungen, Mitbestimmung und Anreizen in einem «echten» Netzwerk für psychische Gesundheit zu vereinen; verschiedene Aktivitäten sind hier bereits vorgesehen. Im Rahmen der Gesundheitsplanung umfasst das FNPG drei psychiatrische und psychotherapeutische Bereiche (Kinder und Jugendliche, Erwachsene, ältere Personen). Diese drei Bereiche sind ebenfalls in spezialisierte Behandlungsketten unterteilt. Darunter findet sich auch eine Behandlungskette für Angst- und Stimmungsstörungen sowie Depressionen. Im Übrigen sieht der Auftrag des FNPG gemäss Artikel 7 PGG Leistungen im Bereich der Entwicklung von Gesundheitsförderungs- und Präventionsprogrammen für schwerwiegende psychische Probleme von Risikogruppen vor. So wurde z. B. im September 2007 eine Broschüre gegen Depression zuhanden von depressiven Personen und deren Angehörigen herausgegeben und in den Arztpraxen verteilt («Dépression: reconnaître – prévenir – agir»; erscheint demnächst auch in deutscher Sprache unter dem Titel «Depression: Erkennen – Handeln – Vorbeugen»). Des Weiteren wurden zwei Gruppen für die Unterstützung der Angehörigen ins Leben gerufen. Im Rahmen der strategischen Ziele 2009–2011 des FNPG sind schliesslich noch die Punkte Kommunikation und Prävention zu erwähnen. Dort steht nämlich, dass sich das FNPG engagiert, die Kommunikation bezüglich seines Versorgungsangebotes und seiner Organisation bei der Bevölkerung, den Patientinnen und Patienten, dem Personal und bei den anderen Akteuren der psychischen Gesundheit zu intensivieren. Das FNPG organisiert jährlich mindestens eine Präventionskampagne über ein Thema im Bereich der psychischen Gesundheit. Dementsprechend fanden 2007 eine Veranstaltung gegen Depression und 2008 eine Aktion über die Depression in jedem Lebensalter statt. Für 2009 ist ebenfalls eine Veranstaltung vorgesehen.

Die von Frau Grossrätin gestellten Fragen betreffen den Beitritt des Kantons zu einem „Bündnis gegen Depression“ sowie die Thematik der Information und der Prävention. Aufgrund der vorangegangenen Überlegungen antwortet der Staatsrat wie folgt, wobei er als Erstes auf die Frage der Information eingeht, bevor er diejenige eines möglichen Beitritts zu einem „Bündnis gegen Depression“ behandelt:

- 1. Wird der Staatsrat die Hausärzte und die Bevölkerung mit einer Präventionskampagne sensibilisieren?**
- 2. Wird der Staatsrat die Bevölkerung umfassend über die Krankheit Depression informieren?**

Weil beide Fragen in die gleiche Richtung gehen, fällt die Antwort darauf entsprechend ähnlich aus. Prävention besteht nämlich darin, alle möglichen Mittel einzusetzen, um das Auftreten einer Störung, einer Erkrankung oder eines Symptoms zu verhindern; so gesehen ist die Informationsarbeit also Bestandteil der Prävention. Was die beiden Fragen jedoch von einander

unterscheidet, ist die Frage nach den Empfängern der Information, also die Ärztinnen und Ärzte oder die Bevölkerung. Die Ärztinnen und Ärzte haben u. a. eine interaktive Broschüre über Depression erhalten (s. oben). Ferner hat der Verein PréSuiFri Wegleitungen für Fachleute erarbeitet. Diese sind als eine Art Leitlinien zu betrachten, welche die Berufsleute in bestimmten Situationen und im Umgang mit bestimmten Zielgruppen (z. B. Jugendliche, Erwachsene, ältere Personen) unterstützen soll. In diesen Wegleitungen steht auch, an wen sich die Fachleute zur Unterstützung sonst noch wenden können. PréSuiFri organisiert im Übrigen auch Informationstage. Für die Bevölkerung wiederum werden jährlich Informationsveranstaltungen zum Thema Depressionen abgehalten. Die AFAAP indes hat die Aufgabe, die Bevölkerung über die Auswirkungen zu informieren, die eine psychische Erkrankung auf die einzelnen Aspekte des Lebens haben kann. Die AFAAP informiert dazu über den Alltag von Personen, die in ihrer psychischen Gesundheit, ihren Kompetenzen und ihren Fähigkeiten eingeschränkt sind. Das Besondere bei dieser Vereinigung ist, dass die betroffenen Personen an der Kommunikations- und Informationsarbeit beteiligt sind.

3. Will der Staatsrat dem „Bündnis gegen Depression“ beitreten?

Ein „Bündnis gegen Depression“ impliziert eine allgemeine Mobilisierung, an der das gesamte Gesundheitssystem (Behandlung, Gesundheitsförderung und Prävention), die Behörden und auch die Medien beteiligt sind. Ziel ist eine Vereinheitlichung des Gesundheitssystems, indem ein und dieselbe Botschaft vermittelt wird. Alle Aktivitäten, die im Rahmen des FNPG unternommen werden, zielen auf eine derartige Vernetzung hin.

Der Kantonale Plan für Gesundheitsförderung und Prävention 2007–2011 verfolgt denselben Ansatz. Folglich werden die vier Interventionsebenen des „Bündnisses“ im Kanton Freiburg schon berücksichtigt (Tätigkeiten haben bereits begonnen und/oder sind in Planung). Zusammenarbeit und Koordination sind in der Tat eine Priorität, aber die Frage, ob diese in ein „Bündnis gegen Depression“ übergehen sollen, bleibt vorerst noch offen.

Abschliessend möchte der Staatsrat betonen, dass der gewählte Ansatz – sowohl auf der Ebene des FNPG als auf derjenigen des Kantonalen Plans für Gesundheitsförderung und Prävention – darin besteht, die psychische Gesundheit aus einem weiteren Blickwinkel zu betrachten, und zwar in einem Rahmen, der die Depression nicht nur mit einschliesst, sondern noch darüber hinausgeht.

Freiburg, den 4. Mai 2009